S 13 AS 1044/22

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 9

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren

Leitsätze 1. Bei Streitigkeiten über den Zeitpunkt

der Auszahlung bewilligter Leistungen nach dem SGB II ist grundsätzlich die Leistungsklage statthafte Klageart.

2. Über das Vorliegen der

Anspruchsvoraussetzungen und die Höhe der jeweils zustehenden Leistungen nach

dem SGB II entscheidet der Leistungsträger in Form eines

Verwaltungsakts, der die

Rechtsgrundlage für den Erhalt der Leistungen darstellt. Die Auszahlung von Leistungen nach dem SGB II nur dem Grunde nach ist unmöglich. Auch wenn nach § 42 Abs. 1 SGB II die Leistungen monatlich im Voraus erbracht werden sollen, kann mit der Leistungsklage nicht zulässigerweise die Auszahlung von Leistungen zeitlich vor der Bewilligung

der Leistungen begehrt werden.

SGB 2 § 42 Abs 1

SGG § 54

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 13 AS 1044/22

Datum 21.02.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 AS 683/23

Datum 17.10.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤger gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Karlsruhe vom 21. Februar 2023 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Die KlĤger begehren die frühere vollständige Auszahlung der ihnen zustehenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und die Feststellung der Rechtswidrigkeit eines dem Kläger Ziffer 1 vom Beklagten im Jahr 2018 erteilten Hausverbots.

Der 1971 geborene Kläager Ziffer 1 steht seit vielen Jahren im Leistungsbezug beim Beklagten. Am 05.04.2018 erteilte der Beklagte dem Kläager Ziffer 1 Hausverbot fä½r die Diensträaume des Jobcenter Stadt K1 sowie der Sozial- und Jugendbehä¶rde Rathaus West in K1 mit sofortiger Wirkung fä¾r zwä¶lf Monate ab Zustellung mit dem Hinweis auf das nääher dargelegte Verhalten des Kläagers bei persä¶nlichen Vorsprachen im Jobcenter und seine E-Mail-ä□uä□erungen, was von den Mitarbeitenden des Jobcenters als aggressiv und bedrohlich empfunden worden sei und den Dienstbetrieb erheblich beeinträachtigt habe. Den Widerspruch des Kläagers Ziffer 1 hiergegen wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 12.04.2018 als unbegrä¼ndet zurä¼ck. Am 07.06.2018 erschien der Kläager Ziffer 1 in der Eingangszone des Jobcenters, verlieä□ trotz Aufforderung hierzu nicht das Gebäaude und wurde von mehreren hinzugerufenen Polizisten abgefä¼hrt. Nach Angaben des Kläagers Ziffer 1 wurde ihm in der Folge und im Hinblick auf dieses Geschehen der Fä¼hrerschein entzogen.

Seit Mai 2018 hält sich der Kläger Ziffer 3, der 2005 geborene Sohn des Klägers, im Rahmen des Umgangsrechts mit seinem Vater mehrere Tage im Monat im Haushalt des Klägers Ziffer 1 auf und bezieht in temporärer Bedarfsgemeinschaft mit diesem zeitanteilige Leistungen vom Beklagten. AuÃ□erdem gewährt der Beklagte als laufenden, unabweisbaren Mehrbedarf zur Wahrnehmung des Umgangsrechts dem Kläger Ziffer 1 Leistungen zur Deckung der Fahrtkosten zwischen der Wohnung der Kindsmutter des Klägers Ziffer 3 und der Wohnung des Klägers Ziffer 1.

Am 06.03.2021 zog die KlĤgerin Ziffer 2, eine mexikanische StaatsangehĶrige, in den Haushalt des KlĤgers Ziffer 1 ein, am 29.07.2021 heirateten die beiden. Nachdem ihr keine Aufenthaltsgenehmigung erteilt wurde, kehrte die KlĤgerin Ziffer 2 am 17.01.2022 nach Mexiko zurĽck und reiste nach Erteilung eines Visums am 02.06.2022 wieder nach Deutschland ein, zog wieder in den Haushalt des KlĤgers Ziffer 1 und bezieht nach Vorlage einer Aufenthaltsbescheinigung seit Juli 2022 in Bedarfsgemeinschaft mit ihm Leistungen vom Beklagten.

Zuletzt hatte der Beklagte auf den Weiterbewilligungsantrag vom 09.05.2021, mit dem der Kl \tilde{A} ¤ger Ziffer 1 den Aufenthalt der Kl \tilde{A} ¤gerin Ziffer 2 in seinem Haushalt nicht angegeben hatte, den Kl \tilde{A} ¤gern Ziffer 1 und 3 Leistungen f \tilde{A} ½r Juli bis

Dezember 2021 vorläufig weiterbewilligt und jeweils nach Vorlage der entsprechenden Fahrkarten nachträglich unter Berücksichtigung der entstandenen Fahrtkosten und der tatsächlichen Anwesenheitstage des Klägers Ziffer 3 in der temporären Bedarfsgemeinschaft die im Vormonat angefallenen Fahrtkosten übernommen (mit Bescheid vom 16.06.2021 für Mai 2021, mit Bescheid vom 12.07.2021 für Juni 2021, mit Bescheid vom 09.08.2021 für Juli 2021, mit Bescheid vom 14.09.2021 für August 2021, mit Bescheid vom 11.10.2021 für September 2021, mit Bescheid vom 16.11.2021 für Oktober 2021, mit Bescheid vom 02.12.2021 für November 2021, mit Bescheid vom 26.01.2022 für Dezember 2021). Hierbei erfolgte die Auszahlung jeweils in Höhe der vollen Kosten der Unterkunft und Heizung an die I1 GmbH und die V1, im Ã∏brigen an den Kläger Ziffer 1.

Erst am 06.09.2021 teilte der KlĤger Ziffer 1 seine am 29.07.2021 erfolgte Eheschlie̸ung mit der Klägerin Ziffer 2 mit, worauf der Beklagte mit Bescheid vom 07.09.2021 zunĤchst die Zahlung der Leistungen vorlĤufig einstellte und zur Vorlage u.a. des Aufenthaltstitels der KlĤgerin Ziffer 2 aufforderte. Mit ̸nderungsbescheid vom 13.09.2021 bewilligte der Beklagte den Klägern Ziffer 1 und 3 vorl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) Leistungen f\(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)r Oktober bis Dezember 2021 in ge\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)nderter Höhe weiter unter Berücksichtigung einer Gutschrift aus der Heizkostenabrechnung und geĤnderter HeizkostenabschlĤge. Nach Mitteilung des KlAxgers Ziffer 1, dass die KlAxgerin Ziffer 2 nach A¼ber acht Monaten noch über keinen Aufenthaltstitel verfüge, weil die Ausländerbehörde alle Termine abgesagt habe, forderte der Beklagte die KlÄxger zur Mitteilung der konkreten Einreisedaten der KIÄxgerin Ziffer 2 auf und hob die bewilligten Leistungen mit ̸nderungsbescheid vom 07.10.2021 für Oktober bis Dezember 2021 teilweise auf unter Berücksichtigung nur noch der hÃxlftigen Kosten der Unterkunft und des Partnerregelbedarfs beim KlÄzger Ziffer 1. Mit seinem Weiterbewilligungsantrag vom 10.11.2021 teilte der Kläger Ziffer 1 schlieÃ∏lich mit, dass die Klägerin Ziffer 2 bereits am 06.03.2021 bei ihm eingezogen war, er von ihr keine Miete verlange und er sie monatlich mit 250 Euro zum Lebensunterhalt unterstütze. Auch die KlĤgerin Ziffer 2 bestĤtigte, dass der KlĤger Ziffer 1 sie aus der ihm vom Beklagten gewĤhrten Regelleistung unterstütze.

Für die Zeit von Januar bis Juni 2022 bewilligte der Beklagte den Klägern Ziffer 1 und 3 zunächst vorläufige Leistungen mit Bescheid vom 18.11.2021 weiter. Hierbei wurde die Klägerin Ziffer 2 als nicht leistungsberechtigtes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft in der Weise berücksichtigt, dass ihr kein Leistungsanspruch zuerkannt wurde, dem Kläger Ziffer 1 der niedrigere Partnerregelsatz bewilligt und nur die hälftigen Kosten der Unterkunft und Heizung bei ihm berücksichtigt wurden.

Mit Schreiben vom 19.11.2021 legte der Kläger Ziffer 1 Widerspruch ein, ohne einen Bescheid zu nennen, gegen den er sich richtete. Er widerspreche dem Umstand, dass er und seine Ehefrau seit 06.03.2021 zu zweit von einer Regelleistung leben mýssten. Dies gelinge mit Hilfe von Verwandten und Freunden, aber nicht mehr lange. Er habe bereits Schulden von mehr als 3.300 Euro. Er bitte um schnelle Antwort als Beweismittel, um eine einstweilige

VerfÃ $\frac{1}{4}$ gung beim Sozialgericht beantragen zu kÃ \P nnen. Nach einem Hinweis des Beklagten darauf, dass sich ein Widerspruch nur gegen einen bestimmten Bescheid richten kÃ \P nne, wies der Beklagte den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 10.01.2021 als unzulÃ#ssig zurÃ#4ck.

Mit Ã□nderungsbescheid vom 27.11.2021 bewilligte der Beklagte den Klägern Ziffer 1 und 3 höhere Leistungen unter Berücksichtigung der erhöhten Regelleistung ab Januar 2022.

Mit Schreiben vom 29.11.2021 beantragte der Kl \tilde{A} x ger Ziffer 1, ihm das Geld f \tilde{A} 1 4 r die Fahrtkosten jeweils schneller zu \tilde{A} 1 4 berweisen. Nach Abbuchung der Tickets habe er fast kein Geld mehr auf dem Konto, von dem er den Lebensunterhalt aller Kl \tilde{A} x ger bezahlen m \tilde{A} 1 4 sse. Hierauf wies die Beklagte den Kl \tilde{A} x ger Ziffer 1 darauf hin, dass dem Kl \tilde{A} x ger Ziffer 3 statt der Fahrt mit dem IC/EC auch die g \tilde{A} 1 4 nstigere Nutzung z.B. von Fernbussen zumutbar sei. Die hierf \tilde{A} 1 4 r voraussichtlich anfallenden Kosten k \tilde{A} 4 nnten auch im Voraus vorl \tilde{A} x ufig \tilde{A} 1 4 bernommen werden, wenn im Voraus mitgeteilt werde, wieviele Fahrten monatlich anfallen w \tilde{A} 1 4 rden.

Am 06.12.2021 beantragten die Kläger den Erlass einer einstweiligen Anordnung beim Sozialgericht Karlsruhe (SG). Sie hätten kein Geld zum Leben fýr zwei Personen. Sie mÃ⅓ssten seit acht Monaten mit weniger als 480 Euro leben. Die Ausländerbehörde gebe der Klägerin Ziffer 2 keinen Aufenthaltstitel und das Jobcenter ignoriere ihre Anträge und beantworte ihre Briefe nicht. Mit Beschluss vom 07.01.2022 (S 18 AS 3247/21 ER) hat das SG den Antrag abgelehnt. Ein Aufenthaltsrecht der Klägerin Ziffer 2 als mexikanische Staatsangehörige sei nicht ersichtlich und die Voraussetzungen zur Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung gemäÃ∏ §Â§ 28, 5 Aufenthaltsgesetz lägen trotz der erfolgten EheschlieÃ∏ung mit einem Deutschen nicht vor, da die Klägerin Ziffer 2 ohne das erforderliche Visum nach Deutschland eingereist sei. Es sei auch nicht ersichtlich, dass im Rahmen einer noch ausstehenden Ermessensentscheidung der Ausländerbehörde eine Ermessensreduzierung auf Null zugunsten der Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vorliege.

Mit Schreiben vom 11.01.2022 beantragte der KlĤger Ziffer 1, die Regelleistung jeweils getrennt von den Fahrtkosten jeweils zum Monatsersten rechtzeitig ohne VerspĤtung zu Ĺ¼berweisen. Jetzt sei wieder ohne Grund Unterhaltsgeld verspĤtet Ĺ¼berwiesen worden. Er wolle nicht, dass wieder ein Polizeieinsatz oder das SG benĶtigt wĹ¼rden, um die Arbeit des Beklagten zu beschleunigen. Mit Schreiben vom 14.01.2022 teilte der KlĤger Ziffer 1 mit, dass er und sein Sohn es bevorzugen wù¼rden, wenn es wie immer gehandhabt wù¼rde, dass sie die Ticketbelege einreichten und das Jobcenter dann so schnell wie möglich das Geld ù¼berweisen wù¼rde.

Mit Ã□nderungsbescheiden vom 26.01.2022 bewilligte der Beklagte für den gesamten Bewilligungsabschnitt von Januar bis Juni 2022 jeweils um 209,67 Euro höhere Leistungen unter Berücksichtigung der nach eingereichtem Kalender tageweisen Anwesenheit des Klägers Ziffer 2 in der Bedarfsgemeinschaft sowie geschätzter Fahrtkosten mit dem Fernbus.

Auf telefonische Nachfrage des Beklagten vom 03.03.2023 teilte der Kläger Ziffer 1 mit, dass seine Frau zwischenzeitlich wieder nach Mexiko zurückgekehrt sei und dort auf die Erteilung eines Visums warte. Hierauf forderte der Beklagte ihn auf, das genaue Ausreisedatum mitzuteilen.

Mit Schreiben vom 09.03.2022 beantragte der KIĤger Ziffer 1 nochmals, das Geld für die Fahrtkosten getrennt von den Regelleistungen zu Ã⅓berweisen. Hierauf wies der Beklagte den KIĤger darauf hin, dass die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts fÃ⅓r jeden Monat im Voraus erbracht wÃ⅓rden. Dies bedeute, dass die Leistungen, die er Ende des Monats erhalte, fÃ⅓r den Folgemonat gedacht seien. Eine Trennung nach Zahlungsarten sei nicht vorgesehen. Aus dem Ã□nderungsbescheid vom 26.01.2023 könne er erkennen, welche Leistungen erbracht wÃ⅓rden. AuÃ□erdem sei er darauf hingewiesen worden, dass nicht mehr als 120 Euro Fahrtkosten pro Monat im Voraus gewährt werden könnten. Sollte er den gesamten Betrag nicht in Anspruch nehmen, werde um entsprechende Mitteilung gebeten. Der KIäger reichte Belege Ã⅓ber die Ã□bermittlung von Geld an seine Ehefrau in Mexiko ein und beantragte die BerÃ⅓cksichtigung der Weiterleitung von 200 Euro monatlich zur Sicherung des Lebensunterhalts an sie als Mehrbedarf.

Mit Ã□nderungsbescheid vom 12.04.2022 erhöhte der Beklagte die vorläufige Leistungsbewilligung nach Mitteilung des Ausreisedatums der Klägerin Ziffer 2 nach Mexiko am 17.01.2022 unter BerÃ⅓cksichtigung der vollen Kosten der Unterkunft und Heizung beim Kläger Ziffer 1 und der Regelleistung fÃ⅓r Alleinstehende rÃ⅓ckwirkend ab dem 17.01.2022. Gleichzeitig hörte er den Kläger Ziffer 1 dazu an, dass fÃ⅓r die Zeit ab Aufnahme der Klägerin Ziffer 2 in seinen Haushalt die teilweise RÃ⅓cknahme der Leistungsbewilligung und Erstattung zu viel erbrachter Leistungen vom Kläger Ziffer 1 beabsichtigt sei (Regelleistung fÃ⅓r Alleinstehende anstatt fÃ⅓r Partner und volle Kosten der Unterkunft und Heizung im 1-Personen-Haushalt statt kopfanteilige hälftige BerÃ⅓cksichtigung der Kosten der Unterkunft und Heizung im 2-Personen-Haushalt), da der Kläger zumindest grob fahrlässig falsche Angaben Ã⅓ber die Anzahl der Personen im Haushalt und verspätet die EheschlieÃ□ung mitgeteilt habe.

Der Klänger Ziffer 1 forderte hierauf eine Erkläntung, wie eine Familie mit 311 Euro Ľberleben kä¶nnen solle, Flä¼chtlinge ohne Weiteres 510 Euro erhielten. Der Beklagte wies den Klänger Ziffer 1 darauf hin, dass die Leistungshä¶he durch die jeweiligen Bescheide geregelt werde. Soweit er nicht einverstanden sei, bestehe die Mä¶glichkeit zur Widerspruchseinlegung. Hierauf teilte der Klänger Ziffer 1 unter dem 27.04.2022 mit, er widerspreche der Willkä¼r des Jobcenters, dass das Geld zu spänt ļberwiesen werde und nicht in voller Hä¶he. Nach dem nochmaligen Hinweis, dass ein Widerspruch sich gegen einen konkreten Bescheid richten mä¾sse, der Klänger aber keinen solchen benannte, verwarf der Beklagte den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 02.06.2022 als unzulänssig.

Am 19.04.2022 hat der Kläger Ziffer 1 unter Vorlage verschiedener Anlagen Klage zum SG erhoben. Zur Begründung hat er vorgetragen, der Willkür des Beklagten ausgesetzt zu sein. Auf Aufforderung des Gerichts hat der Kläger Ziffer 1 sein

Klagebegehren dahingehend konkretisiert, dass das Geld regelmäÃ∏ig mit Absicht mit verschiedenen Ausreden zu spät und nicht in voller Höhe (480 Euro) ýberwiesen werde. Durch die verspätete Ã∏berweisung sei er im Jobcenter gewesen und aus dem Grund sei ihm der Führerschein entzogen worden, angeblich wegen eines Hausverbots. Er sei nur im Jobcenter gewesen wegen der verspäteten Ã∏berweisung. Wenn er mit einer Kamera ins Jobcenter gehe, bekomme er Hausverbot. Er wolle aber nur Beweise liefern, wie das Jobcenter Menschen behandle. Die Spätüberweisung erfolge fast um einen Monat. Erst nachdem er deswegen beim Jobcenter vorstellig gewesen sei und die Polizei ihn gewalttätig abgeführt habe, sei das Geld sofort überwiesen worden. Auch nach seiner letzten Bitte (zum SG) sei das Geld (wieder) sofort Ã⅓berwiesen worden. Im Klageverfahren hat der Kläger Ziffer 1 u.a. eine Zahlungsaufforderung bzw. -erinnerung von V1 vom 09.01. und 18.01.2023 hinsichtlich Mietrückständen i. H. v. insgesamt 307,11 Euro inklusive Mahngebühren eingereicht und vorgetragen, auch die Miete werde von dem Jobcenter verspätet überwiesen.

Der Beklagte ist der Klage entgegengetreten unter Mitteilung, dass die Leistungen grundsÃxtzlich im Voraus an die Leistungsberechtigten ausbezahlt würden, damit der Lebensunterhalt gesichert sei. Die Zahlungsanordnungen fA¹/₄r den Folgemonat würden immer am Ende des Vormonats in Gang gesetzt. So sei dies auch im Fall des KlÄxgers Ziffer 1 geschehen. Soweit er die am Monatsende erfolgten Zahlungen als verspĤtet ansehe, dürfte er dem Irrtum unterliegen, dass diese jeweils den laufenden Monat betreffen. Hierzu hat der Beklagte dem SG u.a. Auszahlungsanordnungen vom 21.02.2022, 24.03.2022, 24.04.2022 und 23.05.2022 sowie eine Gesamtübersicht über Kassenanordnungen laut A1 für die Zeit vom 22.12.2021 bis 23.05.2022 vorgelegt. Zu den vom KlAzger mitgeteilten VorgĤngen im Jahr 2018 hat der Beklagte Kassenanordnungen fľr März 2018 sowie Juni 2018 dem SG übersandt und vorgetragen, das 2018 als verspĤtet zu entnehmende Anweisungsdatum habe den Hintergrund, dass der KlĤger Ziffer 1 seinen Mitwirkungspflichten verspĤtet nachgekommen sei. Er habe den Weiterbewilligungsantrag fÃ1/4r MÃxrz 2018 erst am 05.03.2018 und auch im Juni 2018 die angeforderten Unterlagen ebenfalls verspĤtet eingereicht. Die regulären Zahlungsläufe für den Monat Juli 2018 seien zu diesem Zeitpunkt schon abgeschlossen gewesen.

Mit Bescheid vom 16.05.2022 hat der Beklagte die vorl \tilde{A} $^{\mu}$ ufige Leistungsbewilligung f \tilde{A} $^{\mu}$ r M \tilde{A} $^{\mu}$ rz bis September 2021 teilweise aufgehoben, vom Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger Ziffer 1 die Erstattung der \tilde{A} $^{\mu}$ berzahlten Leistungen gefordert und die Aufrechnung der Erstattungsforderung mit der laufenden Leistung in H \tilde{A} $^{\mu}$ he von 134,70 Euro erkl \tilde{A} $^{\mu}$ rt.

Mit Schreiben vom 17.05.2022 hat der Kl \tilde{A} ¤ger den Beklagten aufgefordert, das ihm f \tilde{A} ½r drei Personen zustehende Geld zum Lebensunterhalt rechtzeitig ohne Ausreden zu \tilde{A} ½berweisen. Durch falsche Handlung des Beklagten sei ihm sein F \tilde{A} ½hrerschein entzogen worden ohne Grund, angeblich wegen seiner Aggressivit \tilde{A} ¤t. Dass die Polizei damals gerufen worden sei, habe er selbst gew \tilde{A} ½nscht. Sein Geld habe er nach Ankunft der Polizei dann auch \tilde{A} ½berwiesen bekommen.

Nach Mitteilung des KlĤgers Ziffer 1, dass seine Ehefrau am 02.06.2022 wieder nach Deutschland eingereist sei, hat der Beklagte mit Bescheid vom 09.06.2022 dem KlĤger Ziffer 1 vorlĤufige Leistungen für Juli bis Dezember 2022 unter Berücksichtigung nur noch des Regelsatzes für Ehepartner und der hälftigen Kosten der Unterkunft und Heizung bewilligt. Gleichzeitig hat er den Kläger Ziffer 1 zur Vorlage eines Kalenders mit Angaben zu den Anwesenheitstagen und Anzahl der Fahrten für die Monate Juli bis Dezember 2022 aufgefordert. Hierauf hat der Kläger Ziffer 1 mit Schreiben vom 12.06.2022 gerügt, dass der Beklagte es sich erlaube, zu spät, gar nicht oder 3 bis 4 Wochen verspätet die Leistungen zum Lebensunterhalt zu überweisen. Danach beschuldige man ihn, dass er ins Jobcenter komme und die Mitarbeiter Nazis nenne. Der Beklagte provoziere einen Konflikt und sage dann, eine Person sei aggressiv. Das Jobcenter K1 sei eine Lþgenbehörde.

Nach Einreichung des Kalenders hat der Beklagte mit Ã□nderungsbescheid vom 20.06.2022 für Juli bis September 2022 und mit Ã□nderungsbescheid vom 30.06.2022 für Oktober bis Dezember 2022 zeitanteilige Leistungen auch für den Kläger Ziffer 3 sowie Fahrkosten bewilligt.

Unter dem 22.07.2022 wurde das Aufenthaltsrecht der KlĤgerin einschlieÄ□lich der Erlaubnis zur ArbeitstĤtigkeit bescheinigt. Am 19.07.2022 hat die KlĤgerin Ziffer 2 ein befristetes Gewerbe angemeldet. Eine deshalb zunĤchst erfolgte vorlĤufige Zahlungseinstellung vom 09.08.2022 hat der Beklagte mit Bescheid vom 22.08.2022 wieder zurļckgenommen und mit Ä□nderungsbescheid vom 22.08.2022 Leistungen auch fļr die KlĤgerin Ziffer 2 fľr Juli bis Dezember 2022 bewilligt. Mit Ä□nderungsbescheid vom 29.08.2022 hat der Beklagte die Leistungsbewilligung unter Berļcksichtigung der Heizkostenabrechnung 2021 erhĶht. Mit Bescheid vom 10.01.2023 hat der Beklagte die Leistungen fļr den KlĤger Ziffer 1 und die KlĤgerin Ziffer 2 und mit Ä□nderungsbescheid vom 16.01.2023 auch fļr den KlĤger Ziffer 3 zeitanteilig fľr Januar bis Juni 2023 vorlĤufig weiter bewilligt. Mit Bescheid vom 14.02.2023 ist die abschlieÄ□ende Leistungsfestsetzung gegenľber den KlĤgern für die Zeit von Juli bis Dezember 2022 erfolgt.

Mit Gerichtsbescheid vom 21.02.2023 hat das SG die Klage abgewiesen. Es verstehe die Klageerhebung des Klägers Ziffer 1 als Klage auch im Namen und in Vertretung der Klägerin Ziffer 2 und des Klägers Ziffer 3 und das Rechtsschutzbegehren neben allgemeinen Unmutsbekundungen als darauf gerichtet, dass die gerichtliche Verpflichtung des Beklagten zur zukünftigen rechtzeitigen Ã□berweisung der bewilligten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II bis spätestens zum Ersten eines jeden Leistungsmonats begehrt werde bzw. die Feststellung, dass der Beklagte verpflichtet sei, die Gutschrift der bewilligten Leistungen auf das Konto des jeweiligen Zahlungsempfängers (Kläger Ziffer 1 bzw. Vermieter) bis spätestens zum Ersten eines jeden Leistungsmonats sicherzustellen. Hierfür fehle aber das erforderliche besondere Rechtsschutzbedürfnis bzw. Feststellungsinteresse. Insbesondere liege eine Wiederholungsgefahr nicht vor. Eine konkrete Gefahr, dass der Beklagte die bedarfssichernden Leistungen zukþnftig nicht zu Monatsanfang

erbringen werde, liege nicht vor. Bei den Zahlungen gegen Ende des jeweiligen Monats handle es sich nicht um verspĤtete Zahlungen fýr den jeweiligen Monat, sondern um Vorauszahlungen für den nächsten Monat. Dies ergebe sich eindeutig aus den in den Auszahlungsanordnungen des Beklagten vermerkten FÄxlligkeitsmonaten. Offensichtlich liege hier ein MissverstÄxndnis zwischen den Beteiligten vor. Dass der Beklagte Leistungen verzĶgert mit Ausreden überwiesen habe, wie vom Kläger Ziffer 1 vorgetragen, sei nicht ersichtlich. Aus dem vom Beklagten dem SG übersandten Auszug aus der Gesamtübersicht der Kassenanordnungen für die Zeit vom 22.12.2021 bis 23.05.2022 würden sich regelmäÃ∏ige Auszahlungsanordnungen zum Ende des jeweiligen Monats fþr den Folgemonat sowohl an den KlĤger als auch I1 GmbH und V1 ergeben. Kontoauszüge, aus denen sich entgegen dieser Ã∏bersicht unregelmäÃ∏ige oder verspÄxtete Gutschriften auf dem Konto des KlÄxgers Ziffer 1 ergeben wļrden, Iägen nicht vor. Auch die Zahlungsaufforderungen von V1 belegten keine verspätete Ã∏berweisung der bewilligten Leistungen fýr Unterkunft und Heizung durch den Beklagten, da sich den aufgefļhrten ZahlungseingĤngen in der Auflistung der Forderungen eine Gutschrift jeweils in den letzten drei Tagen des jeweiligen Monats, mithin im Voraus und entsprechend den Bewilligungsbescheiden entnehmen lie̸en. Sofern der Kläger verspätete Zahlungen im Jahr 2018 im Zusammenhang mit einem Hausverbot, Polizeigewahrsam und einer Betriebskostenabrechnung anfļhre, sei Hintergrund der nachweislich verspĤteten Auszahlungen im MĤrz und Juni 2018 nach den plausiblen Angaben des Beklagten unter Vorlage der damaligen AktenvorgĤnge, dass der KlĤger Ziffer 1 den Weiterbewilligungsantrag ab MAxrz 2018 erst am 05.03.2018 ordnungsgemäÃ∏ und Unterlagen hinsichtlich angeforderter Nachweise zur Kostensenkung der Mietkosten erst am 30.05.2018 beim Beklagten eingereicht habe. Eine Zahlung im Voraus sei demnach nicht mĶglich gewesen, da die regulären Zahlungsanweisungen für die betreffenden Monate zu diesem Zeitpunkt bereits erfolgt gewesen seien. Es bestehe keine hinreichend konkrete Wahrscheinlichkeit, dass bei unverĤnderten tatsĤchlichen und rechtlichen Umständen auch in Zukunft eine verspätete Zahlung der bewilligten Leistungen zu erwarten sei. Soweit die Klage auf hA¶here Leistungen fA¼r die KlAzger gerichtet sein sollte, habe sie ebenfalls keinen Erfolg. Die Klage wĤre unzulĤssig, da alle Bewilligungsbescheide fýr die Zeit seit September 2019 bestandskrÃxftig geworden seien. Sofern die KlÄzger im Hinblick auf die Einreichung von Zahlungsaufforderungen von V1 Mietrückstände geltend machen wolle, sei er auf die MĶglichkeit zur Antragstellung beim Beklagten nach <u>§ 22 Abs. 8 SGB II</u> zu verweisen.

Hiergegen richtet sich die am 01.03.2023 eingelegte Berufung der Kl \tilde{A} xger, mit der sie \hat{a} \parallel neben dem Verweis auf weitere beim SG erhobene Klagen \hat{a} \parallel u.a. Belege des Kl \tilde{A} xgers Ziffer 1 \tilde{A} x4ber eine \tilde{A} x4berweisung vom 19.04.2022 in H \tilde{A} x4he von 1.325,83 Euro (laut Verwendungszweck 159,60 Euro und 1.166,23 Euro) vorgelegt haben mit den handschriftlichen Zus \tilde{A} x4zen: \hat{a} x6 unbegr \tilde{A} x74ndet sp \tilde{A} x74 mit Ausrede auf Mitwirkung \hat{a} x7 und \hat{a} x74ndete sp \tilde{A} x74berweisung Versto \tilde{A} x75 gegen \hat{A} x75 x76 sowie vom 13.01.2023 \hat{A} x76 Euro mit dem handschriftlichen Zusatz \hat{a} x77 unbegr \hat{A} x74ndete \hat{A} 7 berweisung Sp \hat{A} x72 Euro mit dem handschriftlichen Zusatz \hat{a} x77 unbegr \hat{A} x74 ndete \hat{A} 7 berweisung Sp \hat{A} x72 Euro mit dem handschriftlichen Zusatz

weitere Instituteâ∏∏ und vom 28.02.2023 über 301,67 Euro mit dem handschriftlichen Zusatz â∏Wo ist die Lebensunterhaltssumme? Es fellen Mindestens ca. 200,- EUâ∏¦â∏∏ sowie eine Umsatzanzeige des Kontos der KIägerin Ziffer 2 mit einer Gutschrift der Bundesagentur für Arbeit-Service-Haus vom 28.02.2023 über 461,37 Euro und dem handschriftlichen Zusatz â∏Das war für meine Frau überwiesen. Wo ist Lebensunterhaltssumme? Es soll nach neue Berechnungen Minimum 500,- seinâ□□. Weiter haben sie vorgetragen, sie hätten ein Jahr lang vom Regelbedarf des KlĤgers Ziffer 1 leben müssen, obwohl sie alle Dokumente zusammengeschrieben und vorgelegt h\tilde{A}\tilde{x}tten, dies sei eine Diskriminierung und Beleidigung. Zum Beweis fÃ1/4r das bereits in der Vergangenheit erfolgte Fehlverhalten des Beklagten haben die KlĤger um Einsicht in die Akten des Beklagten der Jahre 2017 und 2018 gebeten. Der Beklagte habe auf seine Aufforderungen hierzu nicht reagiert. Zu den vom Beklagten dem SG vorgelegten Kassenanordnungen für den Zeitraum 22.12.2021 bis 23.05.2022 haben die Kläger angemerkt: â∏Es kann nur über Diskriminierung und Missachtung handeln was zu Beleidigung Nichtachtung gezählt wirdâ∏.

Auf Aufforderung des Senats an die Kläger zur Klarstellung des Berufungsbegehrens haben diese auf die eingereichten Unterlagen verwiesen und sinngemäÃ∏ vorgetragen, sie hätten unverschuldet ein Jahr lang von den dem KIäger Ziffer 1 bewilligten Leistungen leben müssen, ohne auch für die Klägerin Ziffer 2 Leistungen zu erhalten. Der Beklagte sowie andere Behörden hÃxtten sich insoweit ignorant verhalten, sie diskriminiert, ihre Briefe nicht beantwortet. Schon seit Jahren verhalte sich der Beklagte so. 2017 habe der KlĤger Ziffer 1 deshalb eine Kamera zum Jobcenter mitgenommen, um Beweise für die Diskriminierung seiner Person zu erhalten. Wegen der Kamera habe er Hausverbot bekommen. Dann seien ihm keine Leistungen mehr überwiesen worden mit der Ausrede, er sei einer Aufforderung zur Mitwirkung nicht nachgekommen. Nur um nicht vor Hunger sterben zu müssen, habe er trotz des Hausverbots beim Jobcenter persönlich vorgesprochen und sei von der Polizei abgeführt worden. Hierbei seien von Seiten des Beklagten und der beteiligten Polizisten falsche Aussagen erfolgt, er benĶtige Einsicht in die AktenvorgĤnge von April bis Juni 2018 zum Beweis hierfür.

Der Senat hat die KlĤger mehrfach schriftlich zur Klarstellung des konkreten Berufungsbegehrens aufgefordert und ihnen die MĶglichkeit zur Akteneinsicht in die Verwaltungsakte des Beklagten betreffend den Zeitraum ab 2017 durch Ä∏bermittlung von Zugangsdaten ļber das Akteneinsichtsportal gewĤhrt, die KlĤger haben diese aber nach Angaben des KlĤgers Ziffer 1 nicht wahrgenommen, da es sich um falsche Zugangsdaten gehandelt habe.

Die Berichterstatterin hat mit den Beteiligten am 05.09.2023 einen Termin zur ErĶrterung der Sach- und Rechtslage durchgefýhrt, um den Klägern die Möglichkeit zu geben, ihr Berufungsbegehren dazulegen. Hierzu wird auf das Protokoll vom 05.09.2023 Bezug genommen. Im Nachgang hierzu hat der Kläger Ziffer 1 darauf hingewiesen, dass die deutsche Justiz auch 2023 noch immer eine Nazi-Justiz sei, die Gesetze beuge, zugunsten von hiesigen Deutschen lÃ⅓ge und von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus durchsetzt sei. Es sei eine LÃ⅓ge des

Beklagten und des SG, dass Leistungen im Voraus gezahlt würden. Tatsächlich würden sie nachträglich gezahlt.

Die Kläger beantragen teilweise sinngemäÃ∏ und sachdienlich gefasst,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Karlsruhe vom 21. Februar 2023 aufzuheben und den Beklagten zu verpflichten, ihnen jeweils monatlich im Voraus die Ihnen zustehenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II in voller HĶhe zu gewĤhren sowie

festzustellen, dass das dem Kläger Ziffer 1 vom Beklagten erteilte Hausverbot vom 5. April 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 12. April 2018 rechtswidrig war.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Er verweist im Wesentlichen auf die seines Erachtens zutreffenden Ausführungen des SG in der angefochtenen Entscheidung. Auf das erst im Erörterungstermin vom 05.09.2023 geäuÃ∏erte Begehren zur Feststellung der Rechtswidrigkeit des Hausverbots hat der Beklagte sich nicht eingelassen.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklärt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts sowie des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakten beider Instanzen und der beigezogenen Verwaltungsakte des Beklagten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

1. Streitgegenstand des Berufungsverfahrens ist neben dem Gerichtsbescheid des SG vom 21.02.2023 das von den Klägern gegenüber dem SG und auch dem Senat zum Ausdruck gebrachte Begehren, die ihnen nach dem SGB II zustehenden Leistungen vom Beklagten monatlich im Voraus ausgezahlt zu erhalten.

Zu diesem Begehren haben die Kläger weder im Klageverfahren noch im Berufungsverfahren einen konkreten Antrag formuliert und keine Bescheide des Beklagten benannt, gegen die sie sich wenden. Wie das SG zutreffend dargestellt hat, entscheidet das Gericht nach § 123 SGG þber die vom jeweiligen Kläger erhobenen Ansprþche, ohne an die Fassung der Anträge gebunden zu sein. Bei unklaren Anträgen und unklarem Vorbringen ohne Antragstellung muss das

Gericht mit den Beteiligten klären, was gewollt ist, und darauf hinwirken, dass sachdienliche und klare Anträge gestellt werden (§ 106 Abs. 1, § 112 Abs. 2 Satz 2 SGG). Im Ã \Box brigen muss dann, wenn der Wortlaut eines Antrags nicht eindeutig ist, im Wege der Auslegung festgestellt werden, welches das erklärte Prozessziel ist. In entsprechender Anwendung der Auslegungsregel des §Â 133 BÃ 1 4rgerliches Gesetzbuch (BGB) ist nicht am Wortlaut der Erklärung zu haften; die Auslegung von Anträgen richtet sich vielmehr danach, was als Leistung möglich ist, wenn jeder verständige Antragsteller mutmaÃ \Box lich seinen Antrag bei entsprechender Beratung angepasst hätte und keine GrÃ 1 4nde zur Annahme eines abweichenden Verhaltens vorliegen. Im Zweifel ist davon auszugehen, dass ein Kläger alles zugesprochen haben mÃ 1 chte, was ihm aufgrund des Sachverhalts zusteht (st.Rspr., vgl. BSG, Urteil vom 24.02.2011 â \Box B 14 AS 49/10 R 1 -, juris Rn. 12 m. w. N.).

Auf dieser Grundlage hat das SG die vom KlĤger Ziffer 1 erhobene Klage unter Heranziehung des gesamten Vorbringens dahingehend ausgelegt, dass sie auch im Namen und in Vertretung seiner Ehefrau, der KlĤgerin Ziffer 2, und seines minderjĤhrigen, sich temporĤr bei ihm aufhaltenden Sohnes, des KlĤgers Ziffer 3, erhoben wurde. Dies ist nicht zu beanstanden. Die KlĤgerin Ziffer 2 hat das Berufungsschreiben zusammen mit dem KlĤger Ziffer 1 unterschrieben und der KlĤger Ziffer 1 hat im Termin vom 05.09.2023 ausdrĽcklich erklĤrt, auch im Namen der KlĤgerin Ziffer 2 und des KlĤgers Ziffer 3 zu handeln.

Selbst bei sachdienlicher Auslegung stellt das Vorbringen der Kläger aber kein zulässiges Klagebegehren dar, so dass das SG die Klage zu Recht abgewiesen hat. Das SG hat das Klagebegehren dahingehend ausgelegt, dass es im Sinne einer Leistungsklage auf eine Verpflichtung des Beklagten zur zukýnftigen rechtzeitigen Ã□berweisung der bewilligten Leistungen bis spätestens zum Ersten eines jeden Leistungsmonats bzw. im Sinne einer Feststellungsklage auf die Feststellung, dass der Beklagte verpflichtet ist, die Gutschrift der bewilligten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II auf sein Konto bzw. das Konto der Vermieter bis spätestens zum Ersten eines jedes Leistungsmonats sicherzustellen, gerichtet ist.

Eine so verstandene Klage ist bereits unzulĤssig, wie das SG im Ergebnis ebenfalls zutreffend dargelegt hat.

Zwar ist dann, wenn der Streitgegenstand nicht die Höhe der bewilligten Leistungen betrifft, sondern den Zeitpunkt ihrer Auszahlung, die Leistungsklage statthafte Klageart. Denn der konkrete Auszahlungsvorgang stellt eine VerwaltungsmaÃ∏nahme dar, die nicht auf einen Rechtserfolg, sondern einen tatsächlichen Erfolg gerichtet ist; damit stellt er einen mit der Leistungsklage zu erreichenden Realakt da, der im Unterschied zum Verwaltungsakt keine Regelung beinhaltet (vgl. zum Auszahlungsmodus: BSG, Urteil vom 16.02.2022 â∏ B 8 SO 3/20 R -, juris Rn. 11). Sie setzt aber eine Klagebefugnis und ein Rechtschutzbedürfnis voraus (Keller a.a.O. Rn. 41a). Die Klagebefugnis ist grundsätzlich gegeben, wenn der Kläger mit seinem Antrag im Verwaltungsverfahren nicht oder nicht voll durchgedrungen ist. An der

Klagebefugnis fehlt es, wenn dem Kläger das geltend gemachte Recht unter keinem Gesichtspunkt zustehen kann (Keller a.a.O. Rn. 41a und 22). Dies ist vorliegend der Fall.

Die echte Leistungsklage ist dann gegeben, wenn der LeistungstrĤger eine durch Verwaltungsakt bewilligte Leistung nicht erbringt oder eingestellt hat (BSG, Urteil vom 11.07.2017 â B 1 KR 26/16 R -, juris Rn. 8, Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl. 2020, § 54 Rn. 41). Vorliegend hat der Beklagte aber die bewilligten Leistungen tatsĤchlich erbracht. Die KlĤger rýgen auch nicht, dass sie die ihnen bewilligten Leistungen nicht erhalten hätten, sondern, dass sie die ihnen zustehenden Leistungen verspĤtet und nicht in voller Höhe erhalten hätten.

Soweit diese Rüge sich darauf bezieht, bewilligte Leistungen erst verspätet erhalten zu haben, ist diese Behauptung eindeutig widerlegt. Eine verspĤtete Auszahlung der bewilligten Leistungen in zu gro̸em Abstand nach der erfolgten Bewilligung l\tilde{A}\tilde{x}sst sich gerade nicht feststellen. Vielmehr ergibt sich aus den vorliegenden Bewilligungs- und ̸nderungsbescheiden sowie den vom Beklagten dem SG vorgelegten Auszahlungsanordnungen, dass die KlĤger die ihnen bewilligten Leistungen jeweils zeitnah zu der erfolgten Bewilligung auch auf dem von ihnen benannten Konto bzw. an die Vermieter ausgezahlt erhalten haben, wie das SG bereits zutreffend dargestellt hat. Hierzu verweist der Senat auf die Entscheidungsgründe des SG und schlieÃ∏t sich ihnen vollumfänglich nach eigener Prüfung an. Nichts anderes ergibt sich aus dem Berufungsvorbringen der Kläger und den zur Berufungsbegründung vorgelegten Ã∏berweisungsbelegen, die nach Angaben der Kläger eine verspätete Ã∏berweisung von Leistungen durch den Beklagten belegen sollen. So setzt z.B. die vom KlĤger vorgelegte ̸berweisung in Höhe von 1.325,83 Euro vom 19.04.2022, dem Tag der Klageerhebung, den ̸nderungsbescheid vom 12.04.2022 um, wonach den KIägern 1 und 3 für Januar 2022 um 178,48 Euro und für Februar bis Juni 2022 um 382,45 Euro monatlich hA¶here Leistungen bewilligt wurden, woraus sich eine fÃxllige Nachzahlung an den KlÃxger Ziffer 1 für die Monate Januar bis April 2022 in Höhe von insgesamt 1.325,83 Euro (178,48 Euro + 3 x 382,45 Euro) ergibt. Da die ̸berweisungsgutschrift am 19.04.2023 nur sieben Kalendertage nach dem Bescheiddatum vom 12.04.2022 liegt, ist nicht ersichtlich, inwieweit hier eine verspĤtete Auszahlung der bewilligten Leistungen vorliegen sollte, sondern gerade eine zeitnahe Gutschrift auf dem Konto der KlAzger belegt. Die weiter vorgelegten Unterlagen, die aus der Zeit nach der Klageerhebung stammen, kA¶nnen insoweit bereits nicht Anlass zur Klageerhebung gewesen sein.

Zwar sollen nach <u>§ 42 Abs. 1 SGB II</u> Leistungen nach dem SGB II monatlich im Voraus erbracht werden. Die grundsĤtzliche Pflicht zur Vorauszahlung ergibt sich auch bereits aus dem existenzsichernden Charakter der Leistungen der Grundsicherung fĽr Arbeitsuchende. Denn das SGB II dient der Deckung einer aktuellen Bedarfslage im jeweiligen Zeitpunkt (vgl. LĶcken in Eicher/Luik/Harich, SGB II, 5. Aufl. 2021, § 42 Rn. 7). Auch hat der Beklagte entgegen dieses Grundsatzes die den KlĤgern zustehenden Leistungen vor Klageerhebung nicht insgesamt monatlich im Voraus erbracht. Vielmehr hatte der Beklagte in dem von

Juli bis Dezember 2021 umfassenden Bewilligungsabschnitt nicht alle den KlĤgern zustehende Leistungen monatlich im Voraus bewilligt und damit zwangslĤufig auch nicht im Voraus zur Auszahlung gebracht. Hintergrund dafĽr war, dass die zeitanteiligen Leistungen für den Regelbedarf des KlĤgers Ziffer 3 und der laufende, unabweisbare Mehrbedarf zur Ausübung des Umgangsrechts zwischen dem KlĤger Ziffer 1 und dem KlĤger Ziffer 3 jeweils erst nach Mitteilung der konkreten Anzahl der Anwesenheitstage des KlĤgers Ziffer 3 im klĤgerischen Haushalt und Vorlage der Belege über die konkret angefallenen Fahrtkosten im Folgemonat rückwirkend für den vorhergehenden Monat vorlĤufig bewilligt und zur Auszahlung gebracht wurden. Dies hatte der Beklagte zunĤchst auch in dem die Monate Januar bis Juni 2022 umfassenden Bewilligungsabschnitt, in dem die Klageerhebung am 19.04.2022 erfolgt ist, ebenso gehandhabt und auch erst mit Ā□nderungsbescheid vom 12.04.2022 den Klägern 1 und 3 rückwirkend ab Januar 2022 höhere Leistungen unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die Klägerin Ziffer 2 am 17.01.2022 nach Mexico zurückgekehrt war, bewilligt.

Die Verpflichtung zur frühzeitigeren Ã□berweisung bewilligter Leistungen kann sich zwangsläufig nicht auf einen Zeitpunkt beziehen, der vor Erlass der (vorläufigen) Bewilligungsentscheidung liegt. Auf die Leistungen nach dem SGB II besteht zwar bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen ein Anspruch. Ã□ber das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen und die Höhe der jeweils zustehenden Leistungen hat der Leistungsträger aber in Form eines Verwaltungsakts zu befinden, der die Rechtsgrundlage für den Erhalt der Leistungen darstellt. Soweit eine zumindest vorläufige Bewilligungsentscheidung nicht vor dem Ersten des jeweiligen Leistungsmonats vorliegt, kann auch keine Verpflichtung zur Auszahlung von Leistungen vor dem Ersten des jeweiligen Leistungsmonats erfolgen. Eine Auszahlung nur dem Grunde nach ist unmöglich.

Das Ziel der Kläger, eine frühere höhere Auszahlung der gesamten ihnen für einen Monat zustehenden Leistungen â∏ einschlieÃ∏lich des Mehrbedarfs für die Fahrtkosten und der anteiligen Regelleistung â∏ spätestens zum Ersten des Monats, für den die Leistungen zu erbringen sind, kann daher mit einer reinen Leistungs- oder Feststellungsklage nicht erreicht werden.

Vielmehr w \tilde{A}^{1}_{4} rde das eine vorrangig zu erhebende kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage (\hat{A} § 54 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 SGG) voraussetzen. Denn die Bewilligung von Leistungen f \tilde{A}^{1}_{4} r einen Monat in einer bestimmten H \tilde{A} ¶he beinhaltet

die Ablehnung der GewĤhrung darļber hinausgehender hĶherer Leistungen für diesen Monat. Gleichzeitig mit der Geltendmachung des höheren Leistungsanspruchs für diesen Monat müsste insoweit die Abänderung des entgegenstehenden Verwaltungsakts verfolgt werden, als dieser die Ablehnung der GewĤhrung hĶherer Leistungen beinhaltet. Eine solche Klage haben die KlĤger aber ebenfalls nicht zulägssig erhoben. Sie haben nach dem Vortrag des Beklagten, der nach Aktenlage nachvollziehbar ist, vor Klageerhebung am 19.04.2022 keinen der den aktuellen oder vorherigen Bewilligungsabschnitt betreffenden Bewilligungsoder Anderungsbescheide mit Widerspruch angegriffen, so dass diese bestandskrÄxftig wurden und die ZulÄxssigkeitsvoraussetzung der Anfechtungsklage, die Durchführung eines ordnungsgemäÃ∏en Widerspruchsverfahrens, nicht vorliegt. Soweit die Klageerhebung am 19.04.2022 und damit noch innerhalb der einmonatigen Widerspruchsfrist gegen den ̸nderungsbescheid vom 12.04.2022 erfolgt ist, ist darin auch keine Widerspruchseinlegung gegen den ̸nderungsbescheid vom 12.04.22 zu sehen und wĤre die Klage auch nicht zur ordnungsgemĤÃ∏en Durchführung eines Widerspruchsverfahrens auszusetzen. Denn mit dem ̸nderungsbescheid vom 12.04.2022 wurden den KlĤgern Ziffer 1 und 3 lediglich hĶhere Leistungen als mit dem zuvor bestandskrÄxftig gewordenen Bescheid vom 18.11.2021 in der Fassung der ̸nderungsbescheide vom 27.11.2021 und 26.01.2022 bewilligt, was im Verfügungssatz des Ã∏nderungsbescheids eindeutig geregelt ist. Die einzigen aktenkundigen WidersprÃ1/4che hat der KlÃxger trotz der Hinweise des Beklagten unter Aufforderung ggf. zur Konkretisierung nicht auf einen oder mehrere Bescheide oder zumindest Bewilligungsabschnitte bezogen, sondern nur allgemein seinen Unmut über die Arbeit des Beklagten zum Ausdruck gebracht. Ã∏berdies hat der KlÄxger seine vorliegend streitgegenstÄxndliche Klage vom 19.04.2022 auch nicht gegen die diese WidersprÃ¹/₄che vom 19.11.2021 und vom 27.04.2022 als unzulÄxssig verwerfenden Widerspruchsbescheide vom 10.01.2022 und vom 02.06.2022 gerichtet.

Lediglich ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass selbst bei Vorliegen einer zulässigen kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage gegen die niedrigere ursprüngliche vorläufige Bewilligung vom 18.11.2021, gerichtet auf die Gewährung höherer vorläufiger Leistungen fÃ⅓r die Monate Januar bis Juni 2022 durch die nachträgliche Bewilligung und Auszahlung höherer Leistungen fÃ⅓r diese Monate durch die jeweiligen Ã□nderungsbescheide insoweit Erledigung eingetreten wäre. Soweit die Kläger die Auszahlung höherer Leistungen als nachträglich mit den jeweiligen Ã□nderungsbescheiden bewilligt begehren sollten, wÃ⅓rde dem ebenfalls die Bestandskraft der ergangenen Bescheide entgegenstehen.

 \tilde{A}_{\Box} berdies hatte der Beklagte bereits vor Klageerhebung seine Bewilligungspraxis umgestellt und nach Mitteilung der voraussichtlichen Anzahl der Anwesenheitstage des Kl \tilde{A}_{\Box} gers Ziffer 3 im kl \tilde{A}_{\Box} gerischen Haushalt und der voraussichtlichen Fahrten mit \tilde{A}_{\Box} nderungsbescheid vom 26.01.2022 f \tilde{A}_{\Box} 4r Januar bis Juni 2022 und auch in der Folge mit \tilde{A}_{\Box} nderungsbescheid vom 20.06.2022 f \tilde{A}_{\Box} 4r Juli bis September 2022 und mit \tilde{A}_{\Box} nderungsbescheid vom 30.06.2022 f \tilde{A}_{\Box} 4r Oktober bis Dezember 2022 Leistungen bereits unter Ber \tilde{A}_{\Box} 4cksichtigung dieser Angaben vorl \tilde{A}_{\Box} 2013 und

einschlieÄ lich der anteiligen Regelleistung des KlÄ zers Ziffer 3 und von Fahrtkosten bewilligt und ausgezahlt.

Damit ist die Klage unter jedem denkbaren Gesichtspunkt unzulĤssig und wurde zu Recht vom SG als unzulĤssig abgewiesen. Die Berufung hat insgesamt keinen Erfolg.

2. Soweit der Kläger Ziffer 1 nunmehr im Termin vom 05.09.2023 sein Begehren ausdrücklich auf die Feststellung bzw. Erklärung des Beklagten ausgeweitet hat, dass das im Jahr 2018 ihm erteilte Hausverbot rechtswidrig gewesen sei, er mithin am 07.06.2018 nicht gegen ein bestehendes Hausverbot verstoÃ□en habe und er sich mit einer solchen Feststellung bzw. Erklärung des Beklagten gegen seinen Führerscheinentzug wenden möchte, liegt eine unzulässige Klageänderung im Sinn des § 99 SGG vor.

Denn dieses Begehren war zuvor nicht Gegenstand des Klageverfahrens und des Berufungsverfahrens. Die KlĤger hatten zwar bereits im Klageverfahren auf die Vorgänge im Jahr 2018 Bezug genommen, allerdings nur zur Begründung ihrer Klage darauf hingewiesen, dass ihres Erachtens der Beklagte bereits 2018 Leistungen verspĤtet ausgezahlt habe, was sich nun wiederhole und weswegen Klage geboten sei. Eine Ausweitung der Klage auf Feststellung der Rechtswidrigkeit des Hausverbots vom 05.04.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 12.04.2018 bzw. Verpflichtung des Beklagten zu einer entsprechenden ErklĤrung stellt eine Annderung des Klagegrundes dar. Diese Erweiterung der Klage in zweiter Instanz ist aber weder sachdienlich noch hat der Beklagte im Termin oder im Nachgang dem zugestimmt. Das Hausverbot stellt einen Verwaltungsakt dar, gegen den grundsÄxtzlich die Anfechtungsklage gegeben war. Bei ErklÄxrung der Klageerweiterung im Termin vom 05.09.2023 war die einmonatige Klagefrist nach Zustellung des Widerspruchsbescheids l\(\tilde{A} \tilde{x} ngst verstrichen. Das Hausverbot hatte angesichts dessen Gültigkeitsdauer von 12 Monaten nach Zugang des Verwaltungsakts bereits seit April 2019 seine Erledigung durch Zeitablauf gefunden. Auch eine am 05.09.2023 erhobene Fortsetzungsfeststellungsklage wĤre aber unzulässig, da für sie ebenfalls die einmonatige Klagefrist nach Bekanntgabe des Widerspruchsbescheids gegolten hAxtte.

- 3. Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.
- 4. Die Revision ist nicht zuzulassen, da $Gr\tilde{A}^{1/4}$ nde hierf $\tilde{A}^{1/4}$ r ($\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG}$) nicht vorliegen.

Â

Erstellt am: 24.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024

